

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial



NATHALIE D'ADDEZIO,
VORSTANDSMITGLIED SCHWEIZERISCHE
VEREINIGUNG PRO LIBERTÄTE UND
STADTRATSKANDIDATIN DER SVP, BERN
E-Mail: nathaliedaddezio@hotmail.com

Nur wer wählen geht gewinnt!

Linker als die Bundesstadt Bern sind nur wenige Städte. Wahltag ist Zahntag und bald ist es wieder soweit: Die nächste Chance kommt, Mehrheiten zu ändern, in Bern und anderswo in der Schweiz. Das schaffen wir nur, wenn sich jeder Einzelne engagiert und wirklich an die Urne geht. Während dies die Linken oft und fleissig tun, nehmen es die Bürgerlichen zu locker. Daher mein dringender Aufruf: Engagiert Euch, geht an die Urne oder wählt schriftlich, denn jede Stimme zählt. Ab sofort darf niemand mehr zuhause bleiben und es geht nicht darum, ob die SVP die wählerstärkste Partei der Schweiz bleibt oder nicht. Wichtig ist, dass künftig Leute das Sagen haben, die das Herz für unser Land am richtigen Fleck und attraktivere Ideen haben als eine Armeeabschaffung, eine unbegrenzte Zuwanderung, einen EU-Beitritt und nur immer höhere Steuern und Abgaben.



Bild: zvg

DER BRAND VON GLARUS

DR. PHIL. ET LIC. IUR.
JOHANN ULRICH SCHLEGEL, ZÜRICH

Vor 151 Jahren, am 10. Mai 1861, wurde die Stadt Glarus von einer so schweren Feuerkatastrophe getroffen, wie sie sich in dieser Art weltweit kaum je ereignet hat. Grund dafür war ein gewaltiger Föhnsturm, der ein wogendes Feuermeer über die Hauptstadt ausbreitete und rund 500 Häuser in Schutt und Asche legte. Die Katastrophe war derart riesig, dass ihr Feuerschein über alle Gebirgsketten hinweg bis nach Zürich, Aarau, Frauenfeld, den Jura und selbst bis Schaffhausen, ja sogar nach Deutschland reichte. Aber ebenso gross war hierauf das Aufsehen und die Hilfe, die nicht nur aus der Region, sondern der ganzen Schweiz und auch aus dem nahen und fernen Ausland, so unter anderem aus Russland, Persien, China und Japan erfolgte.

Wie es zur Katastrophe kam, konnte nie näher geklärt werden. Überliefert ist, wie gegen Abend jenes Freitags, dem 10. Mai 1861, ein leichter Südwind, der Föhn, sich ankündigte.

Seit Tagen war es warm, auch sehr trocken. Da nahm der Wind plötzlich zu. Sturm peitschte von Süden nach Norden durch das enge, von hohen Bergen gesäumte Tal. Ahnungslos, aber pflichtgemäss patrouillierte die Bürgerwacht ab neun Uhr abends. Da gellte ihr gegen zehn Uhr der Schrei entgegen: «Feuer!» Ein hölzernes Gebäude im Süden der Ortschaft, im sogenannten Zaun am Landsgemeindeplatz, stand plötz-

In dieser Ausgabe

- 3** Buchempfehlung: Adolf Hitler und die Geschichte der NSDAP
- 4** Barack Obama – der Entheiligte
- 5** The Tea-Party-movement – eine neue Form von Volksbewegung
- 6** Gegen Referendum
- 7** Tokio: Waren die Abwürfe der Atombomben 1945 nötig?



lich in Flammen. Weil das Gebäude rundum brannte, griffen die Gluten rasch auf die Nachbargebäude über. Trotz Feuerwehr trieb der Sturm die heisse Glut nach Norden von Haus zu Haus, von Gasse zu Gasse. Die Löschmannschaften und die Leute, die Hab und Gut retteten, kämpften und löschten, mussten feststellen, dass hinter ihrem Rücken weiter nördlich ihre eigenen Häuser brannten. Rasend schnell breitete sich ein Inferno aus, in welchem unter ungeheurer Hitzeentwicklung die Flammen sogar der beidseits der breiten Hauptstrasse brennenden Häuser hoch in der Luft zusammenschlugen. Wie ein brodelnder Ozean, vom Sturm angetrieben, wogte eine Feuerwalze ungeahnten Ausmasses über alle nördlich gelegenen Quartiere. Um ein Uhr fünfzehn stand der Zeiger des brennenden Glarner Kirchturms still. Die Telegraphenuhr im Regierungsgebäude zeigte, als sie später ausgegraben wurde, drei Uhr sechzehn. Bis zuletzt hatte hier der Telegraphist ausgeharrt und um Hilfe bis nach Zürich, Rapperswil und Uster telegraphiert. Noch in der Nacht rückte ein Extrazug mit Löschmannschaften aus dem St. Gallischen an. Die Glocken dröhnten, bis die Glöckner fliehen mussten. Das Eisen schmolz und ergoss sich in die Tiefe. Die Lösversuche versagten immer mehr. Die Mannschaften selber mussten fliehen. Die Spritzen verbrannten. Der Chronist J. M. Senn schreibt wörtlich: «Wie von mächtigem, bengalischem Feuer vom Fuss bis zum Gipfel beleuchtet, stand die 7000 Fuss hohe Pyramide des Glärnisch da. (Genauer, Vorderer Glärnisch, 2327 m ü M, der Autor) Der Kärpf mit seinen Gletschern im Hintergrund des Tales strahlte rothell im Flammenmeer; wie feuriger Regenschauer rieselten die Funken und Gluten, welche der Föhn emporwirbelte, auf die Umgebung nieder und setzten selbst die Nachbargemeinde Nets-tal in Brandgefahr.» Und so ist auch erklärlich, wie der ungeheure Feuerschein über alle Bergketten hinweg bis ins Mittelland und bis nach Deutschland sichtbar war.

Bilanz der Katastrophe

Das Feuer hinterliess nackte, zerklüftete Mauern und Gräben. Der Sturm hatte auch die letzten Aschenreste ausgeblasen. 500 von 700 Häusern,

Zerstörtes Stadtquartier mit Kirchenruine.

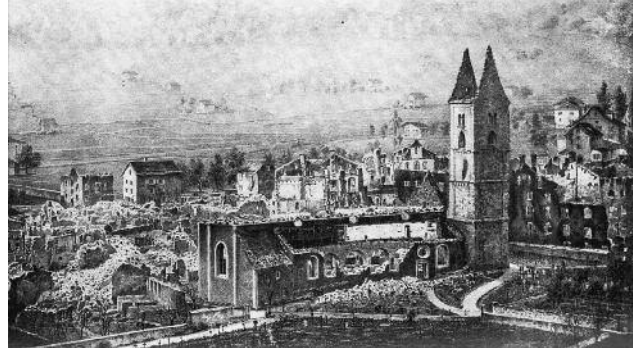


Bild: zvg

die Wohnungen von 3000 Menschen und hiermit – nach heutigem Schätzwert – rund 350 Millionen Franken an beweglichem und unbeweglichem Vermögen waren vernichtet. Dank der relativ frühen Abendstunde waren wenige Menschenleben zu beklagen. So fiel beispielsweise kein einziges Kind den Flammen zum Opfer. Anfangs zählte man drei Tote, später entdeckte man die Leichen zweier Hausangestellten. Ein Appenzeller Politiker, der am Vortag der Landsgemeinde beige-wohnt hatte, fand, als er selber tatkräftig Hilfe leistete, den Tod. Der Bauunternehmer Locher aus Zürich, der zu Hilfe geeilt war, fand ebenfalls nach einigen Tagen, in diesem Fall infolge Erschöpfung, den Tod. Drei Personen hatten Zuflucht unter einem Gewölbe gefunden, konnten

auch praktisch unversehrt gerettet werden, starben aber auf unerklärliche Weise kurze Zeit später. Der anonyme Chronist des Appenzeller Kalenders vom Jahr 1861 vergisst nicht festzuhalten, wie manche Namenlose, von denen nie jemand geschrieben hat, scheinbar unversehrt geblieben, aber infolge Schocks und innerer Schädigungen bald nach der Katastrophe ebenfalls gestorben seien. Nach mehr als drei Monaten, so wird berichtet, seien bei den Aufräumarbeiten immer noch Brandherde flammend in die Höhe geschossen. Der Stadt Glarus aber wurde allergrösste Hilfe zu Teil. Allein die Geldbeträge aus dem Inland wie dem fernsten Ausland bis nach Japan erreichten gemäss heutiger Kaufkraft rund 90 Millionen Franken.

Barjammlung gestaltet sich folgendermaßen:

Schweiz		Ausland	
	Fr. Rp.		Fr. Rp.
Zürich	392,114. 81	Deutschland	130,333. 04
Bern	181,516. 78	Oesterreich	23,291. 35
Luzern	43,050. 94	Frankreich	92,073. 28
Uri	10,449. 30	Großbritannien	46,740. 05
Schwyz	21,772. 38	Holland	35,065. 69
Nidwalden	5,286. 20	Belgien	4,893. 30
Obwalden	5,963. 80	Italien	57,140. 15
Glarus	520,804. 64	Spanien	8,307. 56
Zug	19,657. 35	Portugal	4,804. 77
Freiburg	23,372. 11	Rußland	19,712. 48
Solothurn	31,328. 51	Türkei	33,165. 85
Baselstadt	128,700. 45	Persien	300. —
Baselland	22,403. 63	China und Japan	1,505. 80
Schaffhausen	26,268. 06	Amerika	86,957. 85
Appenzell A.-Rh.	45,218. 40	Ausland:	544,293. 17
Appenzell Z.-Rh.	4,243. 82		
St. Gallen	145,049. 21		
Graubünden	49,137. 03		
Margau	103,056. 73		
Turgau	80,266. 16		
Tessin	24,641. 89		
Vaudt	132,782. 33		
Wallis	16,776. 33		
Neuenburg	72,288. 05		
Genf	88,721. 50		
Eidg. Freischützen	13,327. —		
Inland:	2,208,197. 41		
		Total:	
		Inland	2,208,197. 41
		Ausland	544,293. 17
		Diversi	2,115. 62
		Gesamtsumme:	2,754,606. 20

Bild: zvg

BUCHEMPFEHLUNG



Bilder: zvg

VITA

Paul Bruppacher, geb. 1937 in Zweisimmen/Schweiz. War nach der Lehre als Bauzeichner und dem Architekturstudium sechs Jahre in einem Architekturbüro tätig, anschliessend Projektleiter bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft (PTT/Swisscom). Schon als Schüler wurde sein Interesse an Geschichte, besonders am Zweiten Weltkrieg, wach. Als

16-Jähriger legte er mit seinem ersten selbstverdienten Geld den Grundstock für die inzwischen auf über 1200 Bände angewachsene Bibliothek mit deutschsprachigen Biografien, Chroniken und weiteren Büchern zum Thema Adolf Hitler/Nationalsozialismus/Zweiter Weltkrieg. Nach seiner Pensionierung

begann er 2001 mit Akribie, Fleiss und Ausdauer eine Chronik über Adolf Hitler und die NSDAP zusammenzustellen, die zu seinem eigentlichen Lebenswerk geworden ist. Die umfassenden Recherchen führten ihn auch zu vielen Schauplätzen und Dokumentationszentren: Ardennen, Monte Cassino, Berlin, Potsdam, Nürnberg, Obersalzberg, Landestrände in der Normandie, Atlantikwall von Kirkenes Norwegen bis La Rochelle in Frankreich und zu Gedenkstätten von Konzentrationslagern (Dachau, Buchenwald, Mauthausen, Theresienstadt, Neuengamme und Natzweiler-Struthof). Paul Bruppacher, noch heute aktiver Turner und Wanderer, ist Vater dreier erwachsener Töchter und wohnt mit seiner Frau in Worb/Schweiz.



Reaktionen auf das Buch:

Adolf Hitler und die Geschichte der NSDAP

Mit wachsender Begeisterung lese ich zur Zeit den ersten Band Ihrer Chronik. Ich habe in der Vergangenheit schon sehr viele, auch autobiographische, Bücher über diese Zeit gelesen, diese sozusagen komprimierte Form ist aber ein ganz anderes, neues «Leseerlebnis» möchte ich sagen. Ich habe es meinem Neffen als Nachschlagewerk zu jener Zeit empfohlen und er ist ebenso begeistert wie ich! Besonders Kleinigkeiten, die man in anderen Werken nicht findet, machen den Reiz des Buches für mich aus. Eine bewundernswerte Fleissarbeit, der Sie sich unterzogen haben!

U. Steinmeier, Deutschland

Bereits habe ich das erste Buch vollständig gelesen. Es kommt sehr deutlich zum Ausdruck wie die Be-

völkerung systematisch gleichgeschaltet wurde und wie die Juden immer mehr eingeschränkt wurden. Auch die Besetzung neuralgischer Positionen in Politik, Wirtschaft und Armee sieht man sehr deutlich. Die Zeit war offenbar damals reif, um einem Führer nachzurrennen ohne das Programm genau zu hinterfragen. Einen Punkt des damaligen Parteiprogrammes sollten wir heute auch wieder umsetzen: Abschaffung des arbeit- und mühelosen Einkommens.

Auch der Grössenwahnsinn ist deutlich ersichtlich zum Beispiel der geplante Bau eines Stadiums mit 400'000 Plätzen, dann die Tatsache, dass die Baugrube ausgehoben wurde und noch heute als See existiert. Oder auch eine Geburtstagsfeier von Göring mit 2100 geladenen Gästen.

Wenn ich jeweils die Zahlen der Zuhörer seiner Reden gesehen habe,

kann man sich das heute kaum noch vorstellen, vor allem bei mehrstündigen Monologen.

Auf Seite 439 ist ein Riesenseebad auf Rügen erwähnt, welches auch tatsächlich gebaut wurde. Die Gebäude stehen noch heute, wir haben sie im Jahr 2007 auch kurz besichtigt, als wir in Ostdeutschland in den Ferien waren. Die Gebäude wurden dann noch von der NVA genutzt und stehen heute zum grossen Teil leer.

R. von Allmen

Ich habe Ihr unglaubliches Buch «Adolf Hitler und die Geschichte der NSDAP, Teil I» auf dem Tisch. Eine enorme Arbeit und es ist absolut faszinierend darin zu lesen.

Markus Enderli

Sicherheit Schweiz: Lagebericht 2012 des Nachrichtendienstes des Bundes

OBERST THOMAS FUCHS,
A/NATIONALRAT UND GROSSRAT,
PRÄSIDENT DER SCHWEIZERISCHE
VEREINIGUNG PRO LIBERTÄTE, BERN

Das strategische Umfeld der Schweiz hat sich verändert. Zu dieser Beurteilung kommt der Nachrichtendienst des Bundes

NDB in seinem Lagebericht 2012. So haben die Schuldenkrise in Europa und der arabische Frühling auch Einfluss auf die Sicherheit der Schweiz.

Proliferation und Spionage sowie Terrorismus und Angriffe auf Informationsinfrastrukturen sind weiter-

hin die grössten potenziellen Bedrohungen für die Schweiz. Der 84seitige Bericht kann bei PRO LIBERTÄTE gegen Einsendung einer 10er Note oder mit dem Talon auf Seite 8 bestellt werden.

BARACK OBAMA – Der Entheiligte

4
5



PATRICK FREUDIGER,
VIZEPRÄSIDENT PRO LIBERTATE,
RECHTSANWALT, STADTRAT UND
GEMEINDERATSKANDIDAT LANGENTHAL

E-Mail: p.freudiger@besonet.ch

US-Präsidentschaftswahlen werden seit einigen Jahren auch in Europa aktiv mitverfolgt, besonders vor vier Jahren. Der damalige republikanische Amtsinhaber George W. Bush stand am Ende seiner zweiten und letzten Amtszeit; seine Umfragewerte lagen im Keller: Krieg in Afghanistan und im Irak, Finanzkrise und reihenweise Skandale führender republikanischer Politiker. Die damals oppositionellen Demokraten hatten gute Chancen, das Weisse Haus zurückzuerobern. Ihr Kandidat Barack Hussein Obama (damals noch Senator aus Illinois) verstand es exzellent, die Missstimmung im Land gegen George W. Bush und die regierenden Republikaner zu seinen Gunsten zu nutzen. «Change» (Wandel) hiess das ultimative Schlagwort seiner Kampagne: Ein neuer Kurs, weniger soziale Ungerechtigkeit, mehr Umweltschutz, Schutz der Bürgerrechte, ein Überwinden der parteipolitischen Gräben und das alles mit dem ersten schwarzen Präsidenten in der Geschichte des Landes. Die Botschaft kam an, in den USA und darüber hinaus auf der ganzen Welt. Obama wurde der 44. US-Präsident, mit deutlichen 7% Vorsprung auf seinen Gegenkandidaten John McCain. Gleichzeitig sicherten sich die Demokraten in beiden Parlamentskammern (Repräsentantenhaus und Senat) die Mehrheit. Dem Neuanfang stand nichts mehr im Weg. Zwei Millionen Menschen pilgerten zur Amtseinführung nach Washington, von all den Zuschauern am TV gar nicht zu sprechen: Obama, der Retter. Der Messias. Der Erlöser. Zugegeben. Obama hatte tatsächlich keine leichte Aufgabe: Neben der Verwicklung in zwei Kriege mit all ihren Folgen – von den toten

Soldaten bis hin zu den Milliardenkosten – brach mitten im Wahlkampf die Finanzkrise richtig aus. Das Unternehmen Lehman Brothers musste Insolvenz anmelden, die Immobilienpreise fielen in den Keller, Menschen wurden obdachlos.

Trotzdem: Immer kann Obama nicht seinen Vorgänger ins Feld führen, um eigene Fehler zu entschuldigen, insbesondere wenn er mit einer Mehrheit in beiden Parlamentskammern bequem regieren kann. Politiker werden an ihren Versprechen gemessen. Wer unter dem Motto «change» allzu viel verspricht, braucht sich nicht zu wundern, wenn ihm die Wähler später wieder davonlaufen. Die zunehmende Skepsis der Wähler gegen Obama wurde denn auch bereits bei den Zwischenwahlen des US-Parlaments im November 2010 deutlich. Obamas Demokraten verloren – und zwar deutlich. Es war die schwerste Wahlniederlage seit zwei Generationen gegen die Republikaner. Die Republikaner eroberten die Mehrheit im Repräsentantenhaus zurück. Im Senat gewannen die Republikaner sechs Mandate dazu, wobei die Demokraten die Mehrheit behielten.

Am 6. November 2012 stehen in den USA wiederum Wahlen an: Einerseits werden das Repräsentantenhaus und Teile des Senats neu gewählt. Andererseits – und das steht im Vordergrund – muss Obama zur Wiederwahl antreten. Herausforderer von Seiten der Republikaner im Kampf um die Präsidentschaft ist Mitt Romney, ehemaliger Gouverneur des Bundesstaates Massachusetts. Gewinnen wird die Wahl, wer die überzeugenderen Rezepte für die Wirtschafts- und Schuldenmisere präsentieren kann. Gerade hier wirkt aber Obamas Erfolgsbilanz mager. Die Wirtschaft kommt nicht in Schwung – trotz milliardenschwerer staatlicher Konjunkturankurbelung. Die Arbeitslosigkeit liegt bei hohen 8%. Das Land ächzt unter einem Schuldenberg von bald 16 Bio. (d.h. 16'000'000'000'000!) US-\$. Auch nach vier Jahren Obama hat sich die Wirtschaft nicht erholt und Amerikas Staatsschulden sind höher denn je. Selbst Obamas innenpolitisches Hauptprojekt, die Gesundheitsreform mit allgemeiner Versicherungspflicht, vermag zumindest die Bürger im eigenen Land nicht so recht zu überzeugen. «Obamacare», wie das Projekt mit Verweis auf sei-

nen Urheber auch genannt wird, soll das teure, aber ineffiziente US-Gesundheitssystem verbessern. Die Kosten der Reform für die nächsten 10 Jahre belaufen sich nach Schätzungen zwischen 940 Milliarden und 1,76 Billionen US-\$. Umfragen gemäss lehnt eine Mehrheit der US-Bürger das Projekt ab. 26 der 50 Bundesstaaten klagten vor dem Bundesgericht. Obamacare sei verfassungswidrig, da die Bundesregierung ohne verfassungsmässige Kompetenz in die Autonomie der einzelnen Staaten eingreife. Nur der Stichentscheid des obersten und notabene konservativen Richters, John Roberts, und ein juristischer Winkelzug retteten Obamas Prestigeprojekt: Das oberste Gericht deutete die allgemeine Versicherungspflicht in eine Steuer um und konstruierte so eine Bundeskompetenz, die es sonst nicht gegeben hätte. Hintergrund dieser juristischen Akrobatik dürfte Roberts Befürchtung gewesen sein, das oberste Gericht würde als politische Instanz verschrien, wenn die Gesundheitsreform für verfassungswidrig erklärt würde.

Zwar fällt die Liquidierung Bin Ladens in Obamas Amtszeit. Ein Erfolg, den Obama auch im Wahlkampf verwertet: Ein Jahr nach dem Tod bin Ladens veröffentlichte Obamas Wahlkampfteam ein Video, in dem Ex-Präsident Bill Clinton Obamas Entschlossenheit in dieser Sache pries. Gleichzeitig unterstellte das Video Obamas Herausforderer Mitt Romney nicht dieselbe Entscheidungskraft. Auch die Gefängnisse in Guantanamo, die Obama früher noch zu schliessen versprach, bestehen immer noch. Obama also – der bessere Hardliner in sicherheitspolitischen Fragen? Vielleicht hätten es sich die paar norwegischen Sozialromantiker etwas besser überlegen sollen, bevor sie Obama im Jahr 2009 den Friedensnobelpreis verliehen, noch bevor er sich richtig im Amt beweisen musste.

Möglicherweise wollte Obamas Wahlkampfteam mit dem Video aber auch nur die Mikrofonpanne des US-Präsidenten vom März 2012 im südkoreanischen Seoul übertünchen. Obama erklärte dort dem damals noch amtierenden russischen Präsidenten Dimitri Medwedew: «Das ist meine letzte Wahl. Nachher habe ich mehr Flexibilität.» Die Aussage ist vor allem deshalb brisant, weil sie als ein in Aussicht

gestelltes Zugeständnis an die Russen in Sachen Raketenabwehr interpretiert werden muss – Ein Zugeständnis, das aber erst erfolgen soll, nachdem die Wähler Obama, das Schaf im Wolfspelz, im Amt bestätigen.

Der US-Wahlkampf geht nun in die heisse Phase, bevor im November die Entscheidung fällt. Mitt Romney konnte die eigentlich gute Ausgangslage noch nicht richtig zu seinen Gunsten nutzen. Immerhin hat er mit der Ernennung des jungen und charismatischen Paul Ryan zum republikanischen Vizepräsidenten seinen Wahlkampf wie-

derbelebt. Ryan hat im Namen der Republikaner einen eigenen Budgetentwurf mit weitgehenden Kürzungen namentlich im Sozialbereich ausgearbeitet und diesen Obamas Schuldenpolitik gegenübergestellt. Ryan geniesst grosse Beliebtheit im konservativen Lager innerhalb der Republikaner. Umfragen sehen Romney derzeit gleichauf mit Obama.

Der Ton zwischen Obama und Romney wird sich wie üblich vor Wahlen noch mehr verschärfen; die eine oder andere Panne eines Kandidaten wird von der anderen Seite rücksichtslos ausgeschlachtet werden. Egal, wer im November die

Wahlen gewinnen wird, eine Erkenntnis lässt sich bereits heute ziehen: Obama wurde – in- und ausserhalb der USA – überschätzt. Wie andere Präsidenten vor ihm hat er einige Versprechen erfüllt und andere nicht. Er hat sich arrangiert mit dem Washingtoner Polit-Biotop, muss (jedenfalls nach der Wahlniederlage der Demokraten vor zwei Jahren) Konzessionen und Kompromisse eingehen. Vom versprochenen «change» blieb nicht allzuviel. Obama – der Entheiligte. Mehr als Durchschnitt bleibt nicht.

THE TEA PARTY MOVEMENT

eine neue Form von Volksbewegung

CYRILL GERBER,
3661 UETENDORF BE

E-Mail: gerber.cyrill@bluewin.ch

Woher der Name? Rückblick in die Geschichte

Wir schreiben den 16. Dezember 1773. Amerika ist noch immer eine britische Kolonie und die Siedler müssen die in London erhobene Steuern und Zölle bezahlen. Mitspracherechte haben die Kolonisten keine, es ist ihnen nicht gestattet, Vertreter in das englische Parlament zu schicken.

Bei den amerikanischen Kolonisten gärt es, sie sind mit ihrer Situation zutiefst unzufrieden. Sie beschliessen deshalb, sich als Indianer zu verkleiden und auf die drei im Hafen liegenden Schiffe der East India Company, der mächtigen britischen Handelsgesellschaft, die sogar über eigene Truppen verfügte, zu klettern und die auf den Schiffen

■ Eine von vielen Kundgebungen der Tea-Party-Bewegung. ■

befindenden Teekisten über Bord zu werfen, um gegen die unliebsamen Steuern und Zölle zu protestieren. Die Aktion der amerikanischen Kolonisten, die sich gegen die Willkürherrschaft der britischen Monarchie wendeten, ging später als die berühmte Tea-Party in die Geschichte ein. Die Tea-Party am 16. Dezember 1773 verlief unblutig, hat aber für das amerikanische Volk eine grosse Symbolwirkung, da sie den Beginn des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges verkörpert.

Alte Ideen neu belebt

Die Gründer der Tea-Party-Bewegung, heute eine der grössten Volksbewegungen in Amerika, übernahmen den Namen von der legendären Aktion, die ihre Vorväter damals im Kampf gegen ihre Kolonialherren unternommen haben.

Was ist aber Sinn und Zweck dieser Bewegung? Das Ganze fand 2008 seinen Anfang. Es herrschte damals ein allgemeines Misstrauen und Missbehagen. Die Krise um die

Suprime-Hypotheken mit dem Kollaps der Investmentbank Lehman Brothers fand damals seinen Höhepunkt. Der Kongress verabschiedete deshalb, um einen Zusammenbruch des Finanzsystems zu vermeiden, ein Notgesetz, welches den Schatzsekretär dazu ermächtigte, für 700 Milliarden Dollar faule Wertpapiere aufzukaufen. Schliesslich kam das Gesetz durch, obwohl die Mehrheit des Volkes es klar ablehnte!

Die Reaktion der Amerikaner war verständlich – viele Amerikaner hatten das Gefühl, dass die staatliche Hilfe für die verantwortungslosen Spekulanten der Wall Street verfehlt und moralisch falsch sei. Schliesslich bedeute Kapitalismus nicht nur, dass man Gewinne einheimst sondern auch für selber verursachte Verluste gerade steht!

Kurz nach der Wahl von Barack Obama zum Präsidenten der Vereinigten Staaten verabschiedete der von der Demokratischen Partei dominierte Kongress ein 787-Milliarden-Dollar-Paket, welches der amerikanischen Wirtschaft einen konjunkturellen Aufschwung ermöglichen sollte.

Die Verschuldung stieg so noch mehr und die Vereinigten Staaten waren schon vor der Konjunkturspritze massiv verschuldet. Den Amerikanern wurde schliesslich bewusst, dass Obama die von der Bush-Administration begonnene Schuldenwirtschaft fortsetzen würde. «Jetzt reicht es!», sagten viele Amerikaner und eine Welle der rechtschaffenen Empörung ging durch das Land. Aus Hunderten von US-Bürgern wurden Tausende, die beschlossen, diese inakzeptable



Bild: zvg

ble Situation nicht länger hinzunehmen und zu handeln. Die Regierung kann schliesslich nicht mehr länger schlechtes Verhalten begünstigen! Eiligst begann die neu ins Leben gerufene Tea-Party-Bewegung eine Website zu errichten und Bürgerinnen und Bürger organisierten sich innerhalb ihrer Gemeinde zu Tea-Party-Verbänden. Die neue Bewegung wuchs rasant – am 15. April, dem Tag an dem die Amerikaner ihre Steuererklärung auszufüllen hatten, fanden in vielen amerikanischen Städten Kundgebungen statt an denen Tausende von US-Bürgern teilnahmen. Ganz gewöhnliche Bürger, darunter Väter, Mütter, Angestellte, Arbeiter und Hausfrauen.

Wahrnehmung der staatspolitischen Verantwortung

Nach dem Attentat auf die Kongressabgeordnete Gabrielle Giffords gaben die linken, einseitigen Mainstream-Medien der «vergifteten Rhetorik von rechtsextremen Anhängern und Politikern» der Tea-Party-Bewegung die Schuld. Dies war natürlich pure Verleumdung. Erstens war die Tat des Attentäters nicht politisch motiviert, sondern er war ganz einfach ein geistig verwirrter Mensch und zweitens hatte der Attentäter mit der Tea-Party-Bewegung nichts am Hut. Die Tea-Party-Bewegung ist kein Sammelbecken für Rassisten, Hinterwäldlern und Rechtsextremen, wie es uns einseitige Medien weismachen wollen, sondern eine Vereinigung von aufgeweckten Bürgern, die ihre staatspolitische Verantwortung wahrnehmen wollen und die sich berechnete Sorgen um ihre Zukunft und die des Landes sowie die ihrer Kinder machen. Sie

handeln aus Eigeninitiative und fühlen sich verbunden mit der individuellen Freiheit, für die schon ihre Vorväter gekämpft haben. Sie wollen eine fiskalische Verantwortung und eine verfassungsmässig begrenzte Bürokratie. Aber vor allem wollen sie eines: Nämlich dem auswuchernden Staat, der die Freiheitsrechte jedes Einzelnen massiv einschränken will und mit Steuergeldern umgeht, wie ein kleines Kind auf dem Jahrmarkt, Einhalt gebieten.

Die Mitglieder der Tea-Party-Bewegung nehmen auch direkt Einfluss auf die Politiker, indem sie ihnen vor wichtigen Abstimmungen Briefe und Mails schreiben oder sie sogar persönlich besuchen. Vertritt ein Politiker nicht die Anliegen und Interessen des Volkes, so sucht die Tea-Party-Bewegung einen geeigneten Ersatzkandidaten. Die Tea-Party-Bewegung sorgt also dafür, dass Politiker, die korrupt sind, nur Eigeninteressen vertreten und am Volk vorbei politisieren, nicht mehr gewählt werden. Die Bewegung sorgt dafür, dass Politiker ihre politischen und vaterländischen Pflichten, die sie gegenüber dem Volk und dem Staat haben, wahrnehmen.

Die Lehren, die der Rest der Welt aus der Tea-Party-Bewegung ziehen kann

Die Tea-Party-Bewegung ist ein Mahnmal für jede politische Elite, die nur für sich selber politisiert und denen das Wohl des Volkes gleichgültig ist. Die Tea-Party-Bewegung erinnert jede Regierung daran, dass sie einzig und allein der Vollstrecker vom Willen des Volkes ist. Die Tea-Party-Bewegung, aber

auch die Volksaufstände in Afrika, bei welchen Tausende von Menschen für ihre Freiheit ihr Leben liessen, ist auch eine Warnung für alle Pseudodemokratien dieser Welt, welche von politischen Eliten regiert werden, die nicht daran interessiert sind die Probleme des Volkes zu lösen sondern einzig und allein sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern!

Die Tea-Party-Bewegung ist auch ein Beispiel dafür, wie Bürgerinnen und Bürger ihre staatspolitische Verantwortung wahrnehmen. Eine gesunde Demokratie lebt vom kritischen Denken und vom Hinterfragen. Sie geht davon aus, dass der Souverän, das Volk, mündig ist und sich mit dem politischen Geschehen auseinandersetzt. Naive Obrigkeitsgläubigkeit hat in einer gesunden Demokratie nichts verloren, Obrigkeitsgläubigkeit hat totalitäre Systeme schliesslich überhaupt möglich gemacht.

Wir haben in diesem Land die vorbildlichste und älteste Demokratie der Welt und leben die Demokratie am konsequentesten aus. Trotzdem ist unsere Demokratie noch verbesserungsfähig. Wenn jeder mündige Bürger hier in diesem Land in einem Jahr mehr abstimmen kann als ein Engländer in seinem ganzen Leben und die Stimmbeteiligung im besten Fall 40% beträgt, so läuft etwas falsch.

Das Schweizer Volk hat übrigens bei den letzten Abstimmungen auch eine Art Tea-Party durchgeführt, bei denen Politiker, die am Volk vorbei politisiert haben und sich von der Realität verabschiedet haben eines Besseren belehrt wurden.

Gegen Referendum

Im Vorfeld der Vorbereitung der Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges wird gelegentlich der Eindruck erweckt, es bestehe die Möglichkeit oder gar die Wahrscheinlichkeit, dass das letzte Wort dem Souverän an der Urne gehören würde.

OBERST I GST DOMINIQUE BRUNNER,
ZÜRICH

Das war zum Beispiel von Höchstcharakter des VBS zu vernehmen. Pro memoria: Die erste Tranche der «Tiger» wurde vor 32 Jahren vom Parlament bewilligt. Die Initiative zur Verhinderung dieser überfälligen Ablösung der F-5 geht von den unbelehrbaren (Möchtegern-) Saboteuren der schweizerischen Selbstverteidigungsfähigkeit, der GSoA,

also allgemein gesprochen von rotgrünen Extremisten aus.

1989 und nachher

Zur Erläuterung dieses Urteils: Diese «Armeeabschaffer» waren seit Mitte der Achtzigerjahre im Blick auf ihre – vom Souverän dann am 26. November 1989 klar abgelehnte – Armeeabschaffungsinitiative am Werk, also als die Sowjetunion noch durchaus existierte.

Zwingende Argumente sprechen gegen die Spekulationen zu einem Volksentscheid über die Flugzeugbeschaffung. Erstens liegt ein kategorisches Urteil des Souveräns nicht allzu lange zurück: Am 5. April 1987 verwarf diese oberste Instanz die SP-Initiative für die Einführung eines «Rüstungsreferendums» klar.

Zwingendes Staatsrecht

Daher gilt unverändert das, was der grosse Staatsrechtler Fritz Fleiner 1923 wie folgt zusammenfasste: «Daher unterstehen nicht dem Referendum alle die Bundesbeschlüsse, welche sich lediglich als die unmittelbare Vollziehung einer Anordnung der Bundesverfassung oder der Bun-



Bild: zvg

■ 1993 fand zum F/A-18 eine Volksabstimmung statt. ■

desgesetzes darstellen, auch wenn sie die Bundesfinanzen in erheblicher Weise in Mitleidenschaft ziehen.» Der Bundesrat bekräftigte dies 1977 im Blick auf die SP-Initiative wie folgt: «Dagegen beinhalten die Rüstungsprogramme keine Rechtsätze... Sie unterstehen somit nicht dem fakultativen Referendum.» Und das ist nicht alles. Der Versuch, ein allgemeines Finanzreferendum auf Bundesebene durchzusetzen, scheiterte am 30. September 1956 deutlich am Souverän. Fazit: Es gibt kein irgendwie geartetes Rüstungsreferendum. Es gibt allerdings einen Präzedenzfall. Die Rede ist von der Aussetzung des Vollzugs des Parlamentsentscheidendes zugunsten der Beschaffung

von 34 Kampfflugzeugen F/A-18 C/D. Beide Räte hatten im ersten Halbjahr 1992 diesen Kauf – der Ständerat mit 33 zu 8 Stimmen, der Nationalrat mit 102 zu 84 – genehmigt.

Aufgeheizte Stimmung

Angesichts einer aufgeheizten Stimmung hielten Bundesrat und Classe politique die Vertagung der Bestellung der Flugzeuge bis zum Entscheid der Volksabstimmung über eine Initiative der famosen Armeeabschaffer, die diese Beschaffung zu verbieten trachtete, für opportun. Die Initiative war, als das gesetzeskonforme parlamentarische Prozedere schon im Gang war, aus dem Boden gestampft worden. Die Unter-

schriftensammlung wurde unter zustimmendem Getöse der Vulgärpresse und des Fernsehen DRS eilig vorangetrieben. Am 1. Juni 1992 wurden die Unterschriften in Bern deponiert. Erst nach dem Entscheid über die Sistierung des effektiven Vollzugs der rechtens zustande gekommenen Genehmigung des Flugzeugkaufes fassten die Räte Beschluss über eine Initiative, was allen Regeln widersprach.

Glatt verworfen

Der Schluss drängt sich auf, dass das nicht Schule machen darf. Natürlich hat der Souverän am 6. Juni 1993, ungerührt ob der grob fahrlässigen wehrfeindlichen Propaganda des linken Lagers, die Flugzeugverhinderungsinitiative glatt verworfen und der F/A-18-Beschaffung eine geschichtlich vielleicht einmalige Legimitation verliehen. Nachdem der Schreibende wahrhaftig mit den Kameraden von der Miliz, der AWM, den Kampf für die Aufrechterhaltung der schweizerischen Luftverteidigung mitgetragen hat, kann er nur vor einer Wiederholung der opportunistischen Anwendungen von 1992 warnen.

TOKIO: Waren die Abwürfe der Atombomben 1945 nötig?



Bild: zvg

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN,
KÖNIGSWINTER/BONN

Die politische Wissenschaft in Japan beschäftigt sich in jüngster Zeit zusehens mit der für ihr Land so schicksalhaften Frage, ob der Einsatz der amerikanischen Atombomben damals im August 1945 auf Hiroshima und Nagasaki wirklich erforderlich waren. Der Ursprung dieser Entwicklung ist zweifellos in dem durch verlorene Kriege und allgemeines Rivalitätsdenken geprägte starke Misstrauen

Russlands gegen jenes «Land der aufgehenden Sonne» zu erblicken. Vielleicht war gerade dieses Moment das wichtigste Motiv Moskaus, am 13. April 1941 mit Tokio einen Nichtangriffs- und Neutralitätspakt zu schliessen. In seinem Artikel I jedenfalls wurde die territoriale Integrität und Unantastbarkeit des jeweiligen Vertragspartners anerkannt, und Artikel II verpflichtete die beiden Staaten für den Fall eines Krieges mit einem dritten Land zur uneingeschränkten Neutralität. Die Geltungsdauer des Vertrags betrug fünf Jahre. Die Sorge im Kreml vor der Gefahr eines Zwei-Fronten-Krieges zugleich gegen Hitler-Deutschland und Japan war eigentlich nur theoretischer Natur: Als der Deutsche Richard Sorge, der von Tokio aus für die sowjetische Spionage arbeitete, das genaue Datum des Kriegsüberfalls Hitler gegen die Sowjetunion meldete, glaubte Stalin dessen

unwahren Beteuerungen mehr als seinen eigenen Spitzen-Agenten. Umso dankbarer war man im Kreml über seinen Funkpruch Ende 1941, Japan bleibe vertragstreu und werde trotz massiven Drängens aus Berlin nicht in einen Krieg gegen die UdSSR eintreten. So konnte Stalin seine Truppen aus Fernost abziehen und erfolgreich an die von der deutschen Wehrmacht recht bedrängte Front vor Moskau und gerade in Stalingrad einsetzen und somit eine Wende des Krieges einleiten. Nach seiner Verhaftung in Tokio hoffte der Spion Sorge auf Austausch, was stets üblich war. Die sowjetische Botschaft in der japanischen Hauptstadt indes behauptete, ihn überhaupt nicht zu kennen mit dem Hinweis, schon aufgrund des Paktes von 1941 betreibe man keine Spionage gegen Nippon – für Sowjetrussland war seine vorgetäuschte Japan-Freundschaft wichtiger als das Leben ihres verdienstvollen Agenten: Er wurde geopfert, sein Todesurteil im November 1944 vollzogen. Nicht zuletzt aufgrund dieses Vorgangs vertraute das Kaiserreich weiterhin voll und ganz seinem Vertragspartner.

April 1945 aber kündigte der Kreml plötzlich den Pakt und begründete das einseitige Vorgehen damit, dass «die Lage sich seit dem Vertragsabschluss geändert» hätte; in Wahrheit traf dies gar nicht zu, denn geändert hatte sich seit dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor nur der Kriegseintritt der USA – doch das lag Jahre zurück.

Kurz zuvor, im Februar 1945 war auf der alliierten Gipfelkonferenz in Jalta von den drei Verbündeten beschlossen worden, die UdSSR solle nach Kriegsende in Europa in den Fernost-Krieg gegen Nippen eintreten und dafür geostrategische Vorteile erlangen; dass damit ausserordentlich gravierende Souveränitätsbeschränkungen des verbündeten China

unter Chiang Kai-shek zugunsten der Sowjetunion vorprogrammiert waren, wollte wohl niemand sehen.

Noch im April-Mai 1945 überschätzten die US-Streitkräfte angesichts ihrer beträchtlichen Verluste den Kampfeswillen Japans, dessen Soldaten bis dato mit äusserstem Fanatismus gekämpft hatten. Doch dieser erlahmte in den Sommermonaten mehr und mehr; lediglich einige Generäle sahen zwar die Relitäten, doch ihr Ehrbegriff verlangte den Kampf bis zum Letzten. Die weitverbreitete Stimmung im Volke für eine unausweichliche Kapitulation wurde auch vom Kaiser geteilt. Wie heute nachweisbar ist, war die Sowjet-Botschaft in Tokio recht genau über diese Situation informiert – teilte aber ihr Wissen nicht den anderen Verbündeten mit, was eigentlich ihre Pflicht gewesen wäre bei einer so überaus wichtigen Lage!

Hätten die USA diese Erkenntnisse gehabt, so stellt sich die sehr grosse Frage, ob sie unter diesen Umständen noch die Atombomben auf Hiroshima und Tage später auf Nagasaki geworfen hätten. Bekanntlich sollte die Bombe ursprünglich auf Hitler-Deutschland fallen, was angesichts des bevorstehenden Kriegsende nicht mehr erfolgte. Hätte Washington im Falle Japan genau so oder doch anders gehandelt? Der Hass der Amerikaner gegen die Nazis angesichts der Gräueltaten in den KZ-Lagern und gegen die Japaner wegen Pearl Harbor war in etwa gleich.

Am 6. August 1945 fiel die erste Atombombe auf das Inselreich. Zwei Tage danach und nur sechs Tage vor dessen Kapitulation erklärte die Sowjetunion den Japanern den Krieg...

Schon angemeldet?

Für den **HERBSTAUSFLUG**
vom Freitag, 28. September 2012
nach Brunnen / SZ mit Besichtigung
der VICTORINOX-Museums
und der DETTLING-Kirschwelt

Die Bestrebungen von **PRO LIBERTÄTE** für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

- Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTÄTE
- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen

Literatur zum Bestellen:

- Senden Sie mir Expl. «**Das Dschihad-System: In Allahs Namen**» zum Preis von Franken 30.–
- Senden Sie mir Expl. «**General Guisan: Widerstand nach Schweizer Art**» zum Preis von Franken 45.–
- Senden Sie mir Expl. «**Freier Fels in brauner Brandung**» zum Spezialpreis von Franken 29.– (statt Franken 39.–)
- Senden Sie mir Expl. «**Weltgeschichte im Hochgebirge**» zum Preis von Franken 59.–
- Senden Sie mir Expl. «**Honeckers Handschlag**» zum Preis von Franken 50.–
- Senden Sie mir Expl. «**Sicherheit Schweiz: Lagebericht 2012 des Nachrichtendienstes des Bundes**» zum Preis von Franken 10.–
- Senden Sie mir Expl. «**Armeekalender**» zum Preis von Franken 15.– + Porto
- Senden Sie mir Expl. «**Mein Leben im Schatten der Berliner Mauer**» für Franken 8.–
- Senden Sie mir Expl. «**Erlebter Aktivdienst 1939 – 1945**» für Franken 29.–
- Senden Sie mir Expl. «**Für die freie und wehrhafte Schweiz gegen deren Feinde**» für Franken 35.–
- Senden Sie mir Expl. «**Die Schweiz im 21. Jahrhundert**» von Franz Muheim für Franken 20.–
- Senden Sie mir Expl. «**Adolf Hitler und die Geschichte der NSDAP**» für Franken 59.–

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____

Einsenden an: PRO LIBERTÄTE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

Impressum

Redaktion: Thomas Fuchs, a/Nationalrat

Geschäftsstelle:

Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTÄTE,

Postfach 587, 3052 Zollikofen

Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85

Internet: www.prolibertate.ch

E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.

Erscheint 6-8x jährlich. Leserzuschriften müssen

nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC 30-26847-0

Vorstand

Thomas Fuchs (Präsident), 3018 Bern-Bümpliz

Patrick Freudiger (Vize-Präsident), 4900 Langenthal

Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen

Jürg M. Stauffer (Sekretär), 3063 Ittigen

Nathalie D'Addezio, 3006 Bern